

Protokolle der Arbeitsgruppen

AG1 Das peruanische Gesundheitssystem: Wie kommt es aus der Krise?

Inputs: Renzo Gomez und Lucero Ascarza von Salud con Lupa, Lima

Moderation: Hildegard Willer

Übersetzung: Eva Tempelmann

Protokoll: Eva-Maria Aicher

Input Renzo Gomez: Zur Lage des Gesundheitssystems

Renzo bezeichnet sich zu Beginn als „Überlebenden“ der Pandemie, die den desolaten Zustand des peruanischen Gesundheitssystems plötzlich unübersehbar gemacht habe. Er verwies zunächst auf die strukturellen und politischen Probleme: Fünf Gesundheitsminister in 13 Monaten Pandemie, fünf Präsidenten in den vergangenen fünf Jahren.

Peru verhängte als eines der ersten Länder weltweit am 15. März 2020 eine sehr strenge „Quarantäne“; gleichzeitig hat Peru bis heute eine der höchsten Mortalitätsraten durch COVID-19, mit ca. 40 000 Toten.

Anfang 2021 hofften die Peruaner*innen auf eine Normalisierung, während in anderen Teilen der Welt die Zweite Welle schon in Gang war. In dieser Phase machten die Journalist*innen von salud con lupa Befragungen bei Gesundheitsposten in Lima, mit der Frage: Was haben wir gelernt aus der Ersten Welle?

Die Gesundheitsposten sollten die Primärversorgung der Bevölkerung leisten, wohnortnah und leicht zugänglich für alle. Sie sind jedoch völlig unzureichend ausgestattet, sowohl personell als auch bzgl. Material, z.B. Schutzausrüstung. Nicht einmal ausreichend medizinische Masken stehen zur Verfügung.

Schnelltests kamen nicht zum Einsatz, die Warteschlangen waren lang, besonders der Mangel an Intensivbetten in den Krankenhäusern und der Mangel an Sauerstoff führen bis heute zu dramatischen Zuständen. Renzo schildert u.a. Aufrufe von Menschen in sozialen Netzwerken, die ihr Auto/ ihr Haus anbieten im Tausch gegen Sauerstoff für ihre an COVID-19 erkrankten Familienangehörigen. Vor den Krankenhäusern warten verzweifelte Menschen, die seit Tagen nicht zu ihren Angehörigen dürfen und nicht wissen, wie es ihnen geht. Oft genug erfahren sie dann irgendwann lapidar vom Tod des Angehörigen.

Input Lucero Ascarza: Zum Problem der Sauerstoffversorgung in Peru

Aufgrund eines Gesetzes durfte bis 2020 in Peru nur Sauerstoff mit 99prozentiger Konzentration im Gesundheitsbereich eingesetzt werden. Dafür gab es nur zwei Hersteller: Linde-Praxair (BRD/USA) und Air Products (USA). Durch eine Gesetzesänderung in der Pandemie 2020 wurde die Verwendung von 93prozentigem Sauerstoff erlaubt, dadurch kamen neue Hersteller zum Zug. Außerdem gab es Sanktionen gegen Preisabsprachen der großen Firmen.

Es wurden neue Produktionsanlagen gebaut, Anfang 2020 gab es neun, Ende 2020 48 solche Anlagen – aber auch die reichen nicht aus, um den großen Bedarf zu decken.

Für 2021 wurde ein Großauftrag über 47 Anlagen an die UNI, die renommierte Technische Universität von Lima vergeben. Nur fünf dieser Anlagen wurden tatsächlich gebaut. Der Vertrag wurde seitens der Regierung aufgelöst, nachdem massiver Betrug hinsichtlich der fachlichen

Kompetenzen der beteiligten Mitarbeiter*innen der UNI offenkundig geworden war. Peru ist dadurch weiterhin von Sauerstoffimporten aus Chile und Ecuador abhängig.

ES gibt im Land einige Privatinitiativen, die den Bau von kleineren Anlagen durch Spenden finanzieren, z.B. „Respira Peru“, getragen vom Bildungsinstitut USIL, SNI (Sociedad Nacional de Industrias) und der peruanischen Bischofskonferenz.

Nach der offiziellen Statistik der Gesundheitsbehörde gibt es in Peru genug Sauerstoff, aber die Realität sieht leider anders aus. Vor allem aber gibt es zu wenig Intensivbetten in den Krankenhäusern. Menschen kaufen sich daher Sauerstoffflaschen und die zugehörige Atemmasken auf der Straße, oft von „mafiosen Geschäftemachern“ zu Schwarzmarktpreisen. Offizieller Preis einer Flasche 500 \$, Schwarzmarktpreis bis zu 1500 \$!

Der Einsatz von Sauerstoff in „Selbstmedikation“ ohne medizinisches Wissen ist jedoch problematisch; Telemedizin spielt wohl noch keine nennenswerte Rolle.

Diskussion:

Mit den Impfstoffen geschieht jetzt dasselbe wie mit dem Sauerstoff – siehe „Vacunagate“-Skandal im Februar 2021 in Peru.

Die Privatisierung im Bereich des Gesundheitswesens führt bei Knappheit unweigerlich zu Intransparenz und Korruption, überall auf der Welt.

Mit der COVAX Initiative werden max. 20 Prozent der Weltbevölkerung mit Impfstoff versorgt werden können. Deshalb muss der Zugang zu Impfstoff durch einen sog. „waiver“ ermöglicht werden: Die Patente müssen offengelegt und die Impfstoffproduktion muss weltweit durch Technologietransfer ermöglicht werden. Bei AIDS Medikamenten gelang das, allerdings dauerte der Prozess drei Jahre, bis die Medikamente dann statt 10 000\$ nur noch 100\$ kosteten. Es braucht jetzt starken politischen Druck, damit es bei den Impfstoffen gegen COVID schneller geht.

Konkreter Vorschlag: Resolution der Pharmakampagne BUKO beim Welthaus Bielefeld unterschreiben.

Am Ende der AG wurde ein padlet für Anregungen und Vorschläge der Teilnehmenden eröffnet:

Schlüsselakteur*innen für eine Reform des Gesundheitswesens:

- Zivilgesellschaft: Proteste, Recht auf Gesundheit einfordern
- Medien: Investigative Arbeit, Bereitstellung richtiger Informationen gegen „fake news“
- Öffentliches Gesundheitssystem basierend auf dem Recht auf Gesundheit statt Geschäft für einige wenige
- Internationale Organisationen: öffentlicher Druck (Beispiel Kolumbien: Gesundheitsreform auf Druck der Weltbank)

Handlungsmöglichkeiten von Deutschland/Europa aus:

- Initiative Waiver unterstützen, die die Freigabe der Impflizenzen fordert, siehe Webseite der BUKO-Pharmakampagne <https://bukppharma.de/de>
- Proteste
- Briefaktionen mit konkreten Forderungen an die EU und die peruanische Regierung

- Initiativen der peruanischen Zivilgesellschaft für eine Gesundheitsreform unterstützen und in unseren Medien bekannt machen
- Petitionen und Forderungen in den sozialen Medien
- Infostelle: Kampagnen für die Freigabe der Impfpatente mit aller Kraft unterstützen

Handlungsmöglichkeiten der peruanischen Zivilgesellschaft:

- Von den Kandidat*innen Pläne im Gesundheitsbereich einfordern
- Eine Wahrheitskommission fordern: Was hat zu den 58.000 Toten geführt?
- Ein Justizsystem fordern, das Korruption verfolgt und stoppt
- Medien sollen zur Bildung beitragen, transparent informieren und ein öffentliches Gewissen mit demokratischen Prinzipien und Rechten fördern

AG 2 Wirtschaft und Soziales – zu welcher Normalität wollen wir zurück?

Input: Rocío Meza, Instituto De Defensa Legal

Moderation: Norma Driever

Protokoll: Michael Schrick

Input Rocío Meza: Wirtschaft und Soziales

Die Präsentation ist auf der Homepage der Infostelle Peru einzusehen und kann von dort heruntergeladen werden.

Ergänzend weist Rocío Meza auf den Zusammenhang zwischen Bergbau und Armut nicht zuletzt in der Region Cajamarca sowie auf den schädlichen Einfluss der Korruption auf die Gesundheitsversorgung hin und fasst zusammen, dass das Gesundheitswesen in Peru durch den Neoliberalismus in eine Falle getappt sei. Im Wahlkampf 2021 habe insbesondere Juntos por el Perú interessante Vorschläge zu Alternativen unterbreitet.

Diskussion

In der Diskussion ging es zunächst um die Problematik der informellen Arbeit in Peru. Angesichts zahlreicher Arbeitsverhältnisse als Subunternehmer*innen (z.B. im Taxigewerbe) ist eine Abgrenzung zwischen formeller und informeller Beschäftigung häufig schwierig, und Ausbeutung wird nicht in jedem Fall sichtbar. Bei prekären Beschäftigungsverhältnissen wie in der familiären Landwirtschaft ist ein wirtschaftliches Überleben häufig kaum möglich. Auf der anderen Seite zahlen Bergbauunternehmen immer noch viel zu geringe Steuern.

Das private Gesundheitswesen in Peru, oft die einzige Möglichkeit, eine vernünftige Behandlung zu bekommen, ist gewinnorientiert ausgerichtet. Mitunter werden für eine Behandlung 500.000 Soles (120.000 €) verlangt. Die Basisversorgung durch das Integrale Gesundheitssystem (SIS) fällt von Region zu Region unterschiedlich aus, macht aber meist nur das Nötigste. Erst ein bis drei Prozent der Bevölkerung sind gegen Covid-19 geimpft, die allermeisten davon in Lima.

Besonders schlimm ist die Situation im Regenwald, wo Menschenrechtsverteidiger*innen keinen Schutz genießen und ein funktionierendes Gesundheitswesen faktisch nicht existiert. Die Pandemie hat nicht nur dort die Ungleichheiten in der Welt noch klarer werden lassen.

Einigkeit herrscht, dass es so nicht weitergehen kann.

Auf der Suche nach „neuer Normalität“ seien ein paar Stichworte aus der AG wiedergegeben:

- Wie können wir künftig unseren Solidaritätsbeitrag nachhaltiger einsetzen?
- Wir müssen Asymmetrien mindern, z.B. bei der Verteilung von Impfstoffen und Patenten.
- Viel mehr Ärzt*innen müssen indigene Sprachen sprechen.
- In Gesundheit und Erziehung investieren, lokale Gesundheitssysteme fördern.
- Nicht nachlassen im Kampf (siehe Zitat von Dom Helder Camara)!

Subjektives Resümee des Protokollanten

Leider wurde in der AG relativ viel Zeit auf die Diskussion der Wahlchancen und -programme von Castillo und Fujimori verwandt, so dass die Diskussion zur „neuen Normalität“ m.E. etwas zu kurz gekommen ist. Zur notwendigen Fortsetzung der Diskussion würde ich mir wünschen, sich verstärkt Gedanken zu nachhaltigem Wirtschaften insbesondere in den ländlichen Räumen Perus zu machen. In diesem Bereich liegt auch ein großes Potenzial für die Schaffung neuer Arbeitsplätze.

AG 3 Deutsch-peruanische Kooperation in Krisenzeiten

Input: Benjamin Back, Deutsche Botschaft in Lima

Moderation: Heinz Schulze

Protokoll: Clara Uhlemann

1. Kurze Vorstellungsrunde:

Wer kennt aktuell Projekte? Teilnehmende stellen kurz beispielhaft Projekte vor.

2. Vorstellung Referent Benjamin Back

Studium International Development Studies, 10 Jahre in Peru, seit 2019 lokaler Referent für Entwicklungszusammenarbeit (EZ) in Lima: Projektbetreuung, Arbeit mit Implementierungsinstitutionen, Verantwortlicher für Menschenrechte, KfW, Unterstützung des WZ-Referenten

3. Zusammenfassung des Vortrags

- Peru als globaler Partner
- Aufwertung durch Reformkonzept „BMZ 2030“, Rahmen sind SDGs und Klimaabkommen Paris
- Umsetzung der EZ: durch die Botschaft können schnell Kleinstprojekte durchgeführt werden → ganz viele verschiedene Akteure; staatliche EZ: Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ), Auswärtiges Amt (AA), Umweltministerium (BMU), Botschaft der BRD in Lima; nichtstaatliche EZ: Kirchen, Misereor, Brot für die Welt, Zivilgesellschaft, NROs, Stiftungen (Konrad Adenauer Stiftung, Hanns Seidel Stiftung; Friedrich Naumann Stiftung; Friedrich Ebert Stiftung)
- Portfoliodarstellung: Gesamtportfolio ca. 1,2 Mrd. Euro
 - 900 Mio. Euro Finanzielle Zusammenarbeit
 - 80,6 Mio. Euro technische Zusammenarbeit
 - 56,35 Mio. Euro Nichtstaatliche EZ
 - Regionalvorhaben
 - 37 Mio. Euro BMU: Internationale Klimainitiative

- Schwerpunkte der bilateralen EZ: Länderstrategie 2017-2022: 3 Schwerpunkte: Umwelt, Schutz und nachhaltige Nutzung natürlicher Ressourcen, Nachhaltige Stadtentwicklung in Zeiten des Klimawandels, Demokratie, Zivilgesellschaft und öffentliche Verwaltung (siehe Folie 5 der Präsentation „Entwicklungszusammenarbeit und Corona“).
- Stadtentwicklung: Förderung von erneuerbaren Energien, Abfall- und Kreislaufwirtschaft; Wasser; Transport
- Corona in Peru: schwierige Phase für Botschaft: im letzten Frühjahr Organisation der Ausflüge für gestrandete Deutsche
- Folgen der Coronapandemie: katastrophal, Zusammenbruch der Wirtschaft, beispielsweise auch Tourismus völlig zusammen gebrochen, Hilfszahlungen nicht ausreichend, Wirtschaftsrückgang um 12%, Armut Anstieg auf 30,1%, Arbeitslosigkeit Anstieg um 25%, Hunger: 4,5 Mio. Menschen, 1.726.806 Infizierte, 8.000 Infizierte/Tag, Soziale Folgen: Anstieg von Gewalt gegen Frauen, psychische Probleme, Depressionen, etc.
- Unterstützung zur Pandemiebekämpfung 2020: Vorstellung der Maßnahmen durch die Botschaft
- Kleinstprojekte der Botschaft: gesamt 295.920 Euro (siehe Folie 11 der Präsentation „Entwicklungszusammenarbeit und Corona“)
- Covid 19: Grüner Wiederaufbau in Peru: 70% schon ausgezahlt an Kleinunternehmer → größter Beitrag der Coronahilfen (siehe Folie 12 der Präsentation „Entwicklungszusammenarbeit und Corona“)
- Was macht Deutschland international?
- Ausblick 2021: weitere Unterstützung von Kleinstprojekten
- verschiedene Herausforderungen

4. Fragerunde:

Mich würde interessieren, wie die deutsche Botschaft das Sauerstoffproblem in Peru wahrnimmt, bei dem ja der Konzern Linde/Praxair eine sehr negative Rolle spielt. Ich war Mitunterzeichner des Offenen Briefes an Linde und habe bei der Steyler Bank nachgefragt, die in ihrem Nachhaltigkeitsfonds einen großen Anteil von Linde präsentiert. Von der Ethikkommission der Bank habe ich erfahren, dass ein Brief an die Dt. Botschaft in dieser Frage unbeantwortet geblieben sei.

Jein, Brief nicht von Botschaft beantwortet aber vom BMZ. Das ist ein großes Problem, Gesetz zurückgenommen, große Marktungleichheit, schwierig einzuschreiten weil amerikanisches Unternehmen, sehr unglückliche Situation

Wie wurden die Globalen Partner ausgewählt? Warum und wie ist Peru interessant für Deutschland?

Brasilien, Mexiko, Südafrika, Indien sind so wie Peru mittlere Schwellenländer, wir haben gemeinsame Ziele, das ist nicht nur klassische EZ, Anforderungsniveau an die Partnerländer erhöht, Armut vor Corona lag bei 20% (vor zehn Jahren 50% → große Veränderung), Ziel ist nachhaltiges Wirtschaftssystem.

Werden solche Klimaschutzunterstützungen auf Zielerreichung von Deutschland angerechnet? Hat das auch mit Rohstoff-Handelsverträgen zu tun?

Wenn das zweimal berechnet wird, ist das höchst problematisch, Frage wird mitgenommen, schwierig zu beantworten, Referent geht davon aus, dass nein, aber wird nochmal nachfragen. Nachtrag: Nach Informationen werden die Klimaschutzunterstützungen nicht zweimal berechnet.

Was hat sich in der Kooperation durch die Pandemie verändert?

Vieles, auch bei der GIZ gab es Infizierte und Tote, auch bei Partnerorganisationen, Umstellung auf digitales Arbeiten, vorher geprägt durch Präsenz, jetzt permanente Videokonferenzen, anfangs war es schwierig Home-Office einzurichten, GIZ hat viele Beratungen, Anpassungen durchgeführt an neue Realität, viele Mitarbeiter wurden auch nach Deutschland ausgeflogen

Wie wird Peru konkret gerade von Deutschland unterstützt? Werden sich Schwerpunkte umverlegen? Ist es abzusehen, ob die Corona-Pandemie zu langfristigen Veränderungen in der Kooperation führen wird, die über die drei genannten derzeitigen Schwerpunkte hinausgehen?

Es könnte langfristig zu einer Neubewertung von Peru kommen, Strategie wird nicht komplett umgeworfen, aber es wird zu Anpassung kommen, Länderstrategie läuft auch nur noch bis 2023, dann wird es zu einer Neuevaluierung kommen.

Als Folge der Corona-Pandemie hat illegaler Holzeinschlag und illegaler Bergbau zugenommen. Es kommt zu mehr Umweltrisiken. Inwieweit kooperiert die Deutsche Botschaft hier mit der peruanischen Regierung, um dies zu reduzieren?

Zusammenarbeit direkt mit den Regionalregierungen in Ucayali, San Martin, Loreto, auch mit der Forstbehörde. Spenden in Aussicht gestellt im Bereich Waldschutz, Bereich illegale Waldkriminalität wird intensiv bearbeitet, Schutz indigener Territorien, Bekämpfung Illegalität, Mitarbeiter sind auch Bedrohungen ausgesetzt, schwierige Entwicklung, schweres Arbeitsfeld

Sind die EZ auch Kredite oder Gelder, welche nicht zurückbezahlt werden müssen? → Verschuldungsproblem. Wie realistisch ist es, dass die Kredite von den Firmen zurückgezahlt werden können?

Nicht alle Mittel sind Kredite, vor allem bei Projekten mit Naturschutz sind das Spenden (z.B. Projekt Fahrradwege). Von 23 auf 32 Prozent ist Verschuldung angestiegen, im Vergleich zu anderen Ländern steht Peru aber solide da, Folgen für Peru trotzdem langfristig erschwert.¹

Verschiedene nachhaltige Entwicklungen in Deutschland sind da, die durch Pandemie verstärkt wurden (z.B: Outdoor-Tourismus, Biolebensmittel, E-Autos etc.), ist das eine Tendenz, die Sie auch in Peru beobachten können?

Positiver Umweltaspekt von Corona: saubere Luft in Lima, Delfine gesichtet, Benutzung des Fahrrads als Verkehrsmittel hat sich sehr verbreitet. Massive Digitalisierung führte dazu, dass alle Anträge jetzt online getätigt werden können, schnellere Durchsetzung möglich, Treffen online mit Gruppen im Regenwald, die vorher nicht erreichbar waren. E-Autos sind nach Einschätzung des Referenten aber noch ein weiter Weg.

¹ Ergänzende Erläuterung: Technische Zusammenarbeit (TZ) ist immer auf Spendenbasis. Finanzielle Zusammenarbeit (FZ) besteht aus finanziellen Zuschüssen (Spenden) oder auch Zuschüssen.

Wie wird in Peru, einem Land in dem es sehr viel Korruption gibt, gewährleistet, dass die Entwicklungshilfe-Gelder nicht veruntreut werden?

Wichtiges Thema, Gelder sind an Zielindikatoren gebunden, an konkrete Projekte gebunden, durch die KfW und anderen Evaluierern unterlegen, Verwendung der Gelder wird immer geprüft, ist natürlich trotzdem ein Problem.

AG 4 Indigene Gemeinschaften: Wege aus der Krise

Inputs: Jhenny Muñoz Hilares, Asháninka, Selva Central, Imperita und Arlen Ribeira Calderón, Uitoto, Putumayo, Vorstand FAMA

Moderation: Elke-Falley-Rothkopf

Technik und Assistenz: Theresa Nickles

Protokoll: Trudi Schulze

Die Referentin aus der Selva Central illustrierte zunächst die Schrecken und Erkenntnisse zu Beginn der Pandemie in der Provinz Satipo, dass nämlich einerseits Mobilität und Transport für den Austausch bzw. Ver- und Einkauf von Nahrungsmitteln zwischen Comunidades und nächstgelegenen Städten unabdingbar waren, genau dadurch aber das Coronavirus verbreitet wurde. Andererseits stießen Forderungen und Lösungsvorschläge der Bevölkerung und ihrer Organisationen an Regierungsstellen aus vielerlei Gründen auf taube Ohren.

Als immer drastischer deutlich wurde, dass von oberen Behörden und Regierung außer dem Recht auf eine einmalige Bargeldauszahlung (nur bei Vorhandensein eines Personalausweises! und per Bankinstitut!) die Familien in der Selva Central nichts zu erwarten hätten, die Unterversorgung sich verschärfte, Menschen inklusive Gesundheitspersonal erkrankten, reagierten Imperita und indigene Organisationen, sprangen und griffen ein. Der Kontakt zwischen den Dörfern, Transporteuren zu Land und zu Fluss, und mit den Städten (Märkten) wurde etwa sieben Monate streng durch freiwillige Isolation der Dörfer unterbrochen. Die Produkte des Waldes inklusive der Heilpflanzen wurden reaktiviert, Finanzhilfe speziell zum Großeinkauf für Salz, Reis, Seife und Schutzmasken für die Bevölkerung vor allem über die Partner*innen in München organisiert. Die anteilige, transparente Ausgabe an die Dörfer erfolgte zentral und coronakonform über Delegierte der Orte und wurde vielfältig dokumentiert.

Schon während der Notmaßnahmen und der Isolation wurden längerfristige Projekte in Angriff genommen, aber es dauerte immerhin 7 Monate, bis die Provinzbehörden die Basis unterstützten und ihrerseits in die Gänge kam. Die Asháninka schufen Informationsquellen z.B. per Funk zunächst in Spanisch und Asháninka, inzwischen auch in weiteren indigenen Sprachen der Umgebung, Hilfskräfte wurden ausgebildet, ein Bürgermeister stellte mit der Regionalregierung eine Sauerstoffanlage auf die Beine. Aktuell ist die Situation so, dass die Familien ihre Angehörigen in Lima dadurch unterstützen, dass sie dorthin Sauerstoffflaschen transportieren. Insgesamt sind die Indigenen der Selva Central inzwischen gut informiert.

Die Bevölkerung der Selva Central ist ziemlich desillusioniert. Sie nimmt wahr, dass Egoismus, Korruption und Vorteilnahme bei den Behörden an der Tagesordnung ist, auch inmitten der Pandemie und wenn es um lebensrettenden Sauerstoff und Impfstoff geht. Sie nimmt wahr, dass sogar von Ministerien gelogen und betrogen wird. Und sie lastet viele der Toten im Land dem Egoismus der Regierenden an.

Es gibt Gemeinden, in denen alle Menschen an Covid erkrankt waren, es aber gelungen war, alle Menschenleben zu retten - ohne Krankenhaus, das nur gefürchtet ist, weil man dort aufgegeben ist und wird. Das Fazit lautet: Man hat in der Selva Central gelernt und lernen müssen, mit dem Virus zu leben und sich auf die Kräfte des Waldes und die eigenen zu verlassen. Die Asháninka setzen traditionelle Kräuter und Heilmethoden bei Hunderten von Erkrankten ein. Selten wird Sauerstoff benötigt. Es sind keine Corona-Toten zu beklagen. Allerdings sterben Menschen am Denguefieber, das sich den Weg bahnt. Die politische Instabilität im Land hat ihren Anteil daran, dass die Menschen indigniert sind, was die Verantwortlichen des Landes betrifft, aber sie wissen, dass eigentlich Geld im Land ist - der politische Wille fehlt, und sie fordern, dass die Regierenden ihrer Verpflichtung nachkommen und die Mittel endlich dafür einsetzen, die Bevölkerung zu impfen.

Der Referent aus dem nordöstlichen peruanischen Regenwald, Region Putumayo, der aktuell in Iquitos lebt erläutert, dass in der Zeit des Kautschukbooms bereits ein massiver kultureller Wandel verursacht wurde. Nun leidet die indigene Bevölkerung doppelt: der Staat hat sich verabschiedet und regelt nichts, wie die Pandemie wieder gezeigt hat. Prävention, Behandlungs- und Heilmethoden würden einerseits immer schwieriger, weil die Waldnutzung für die lokale indigene Bevölkerung nicht zuletzt aufgrund der Schaffung von Nationalparks auf ihren traditionellen Territorien immer mehr verunmöglicht wird. In der aktuellen Notlage sind die Nahrungs- und Heilmittel aus dem Wald für die indigene Bevölkerung sehr wichtig wegen des Versorgungsmangels. In der Maloca müsse man der Jugend die Heilpflanzen und ihre Anwendungen und Wirkungen wieder nahebringen. Über 200 Jugendliche kamen zu einer Versammlung, es soll eine Vereinbarung mit allen Müttern geben.

Ergebnis der Pandemie in der Provinz Putumayo sind weiterhin ebenfalls ein allgemeiner Mangel: an Lebensmitteln, an Treibstoff für Versorgungsboote zu den entlegenen Gemeinschaften, Mobilität und an Medikamenten. Und: Abwesenheit des Staates.

Die Familien und Gemeinden mussten sich ebenfalls selbst organisieren und helfen.

Bis jetzt kommen die Gemeinden mit der traditionellen Medizin einigermaßen zurecht. Aber es geht ihnen wirtschaftlich schlecht und sie haben kaum Infrastruktur. Internationale Hilfen kommen nicht an. Geimpft wird höchstens, wer privat bezahlt. Welcher Virustyp bei ihnen vorhanden ist, wissen sie wegen fehlender Studien nicht. Sie sind dabei, eine Maloca fertigzustellen, sie wird im August eingeweiht und dort will die indigene Bevölkerung zusammenkommen und entscheiden, was sie für eine gute Zukunft tun kann und muss.

In der anschließenden Gesprächsrunde kristallisierten sich unterschiedliche Einschätzungen zu den Rollen verschiedener wichtiger Akteure heraus: Staat, Kirche, internationale Institutionen und ihr Einfluss in Peru - und es ergaben sich Kontakte und Adressenaustausch zwischen den Referent*innen und den Teilnehmer*innen.

Die Referentin hob mehrfach den in jeder Hinsicht positiven Effekt der Solidarität hervor. Sie plädierte dafür, den peruanischen Staat mehr zu fordern und sogar aufzufordern, vom reichlich vorhandenen Geld noch den Nachbarländern medizinisch zu helfen, kurz: ihn in die Pflicht zu nehmen. Der Referent dagegen erwartete vom peruanischen Staat keine wesentlichen Anstrengungen, jedoch von den Eigeninitiativen von indigener Seite.

Interessant war, dass sowohl der Referent als auch die Referentin in vielerlei Hinsicht über die Zeiten der Pandemie hinaus dachten - und auch das Auditorium herzlich einluden ihre Gemeinden bald zu besuchen und kennenzulernen.

AG 5 Die Jugend und die Krise: „Generación Bicentenario“

Inputs: José Martin Rengifo, Maria Paula, Jennifer

Moderation: Frieder Walker

Protokoll: Leon Meyer zu Ermgassen

Für die AG 5 haben wir drei peruanische Weltwärts-Freiwillige des Programm VAMOS! in Freiburg eingeladen, die vor einigen Wochen nach Deutschland gekommen sind und dort in verschiedenen Bereichen für ein Jahr arbeiten werden: Maria Paula und José aus Lima und Jessica aus Iquitos.

Zu Beginn des Austausches erzählten sie uns von ihrer Sichtweise auf die aktuelle Lage in Peru, konkret berichteten sie, wie die peruanischen Jugendlichen sich selbst sehen, welche Rolle in sie in der aktuellen Situation haben und wie ihre eigenen Perspektiven für die Zukunft sind:

Maria Paula berichtete, dass die politische Krise im vergangenen November ein moralischer Schock für das ganze Land gewesen sei. „Die Mächtigen tun so, als würde die Stimme der Jugend nicht zählen“, sagt sie. In der November-Krise sahen sich die Jugendlichen in der Pflicht, kollektiv aktiv zu werden. Sie bemalten Plakate und Banner und gingen zum Protestieren auf die Straße. Eine besondere Rolle nahmen in den Protesten die sozialen Medien ein. Über Facebook, WhatsApp und Co. organisierten sich die Jugendlichen, informierten sich, und tauschten sich darüber aus, wo aktuelle Straßensperren der peruanischen Polizei seien, wo sie sich gefahrlos versammeln konnten, so Maria Paula. Jugendliche aus allen Bereichen - Politik-studierende, Künstler*innen, Chemiker*innen – trugen die Proteste auf die Straße und über die sozialen Netzwerke in alle Regionen des Landes.

Jessica erzählte mehr von der Situation in Iquitos, der Hauptstadt des Amazonas-Region Loreto im Nordosten Perus. „Vor der politischen Krise und der Corona-Pandemie steckten wir schon in der Krise“, sagt sie. „Die Krise, die nun auch die Hauptstadt erreicht hat, kannten wir in den anderen Teilen Perus bereits.“ Das staatliche Gesundheitssystem in Loreto sei sehr schlecht, wenn es überhaupt bis in die Distrikte gelangt, so Jessica. „In Loreto leben die meisten Menschen von Tag zu Tag, sodass wir Jugendlichen aktiv werden mussten. In der Corona-Krise waren viele von uns gezwungen, das Studium an der Universität abzubrechen. Wir mussten dieses Opfer bringen, um unsere Familien zu unterstützen.“ Jessica beteiligte sich an den Protesten im November, weil es die beste Möglichkeit für sie war, ihren Unmut über all die Missstände zum Ausdruck zu bringen. „Über die sozialen Medien“, so Jessica, „können wir selbst von Deutschland aus als Freiwillige viel machen und unsere Freunde und Familie in Peru unterstützen.“ Anschließend erzählt Jessica, dass sogar die Kirche in Peru aktiv geworden ist, um die Missstände der Regierung zu beheben. Im März hat der Pfarrer der Gemeinde Iquitos einen Aufruf zur Zusammenarbeit gestartet. „Wir sollten alle zusammenarbeiten und helfen Geld für den Kauf einer Sauerstoffanlage zu sammeln“, erinnert sie sich. „Dafür wurden insgesamt 400.000 Soles benötigt. Als Jugendliche haben wir die Aktion unterstützt, indem wir den Aufruf in den sozialen Medien verbreiteten und einen Stand aufbauten, damit auch diejenigen ohne Bankkonto mithelfen konnten. So kamen innerhalb von 24 Stunden eine Million Soles zusammen.“ Jessica fügte hinzu, dass die politische Krise viele Jugendliche dazu bewegt hat, sich stärker in der Politik des Landes und ihrer Region zu engagieren und zu informieren.

José war an den Demonstrationen im November direkt beteiligt und berichtete uns, dass einige seiner Freund*innen von den Gummigeschossen der peruanischen Polizei verletzt worden waren. „Die Woche, in der Merino Präsident war, war eine Woche der Diktatur in Peru“, erinnert er sich, „man wusste nicht, ob man sicher zurück nach Hause kommen würde.“ Er erzählt von Unsicherheit, Angst, einer Woche ohne Demokratie. Ihn hat die Krise erstmals politisiert und dazu motiviert, von jetzt an aktiver zu werden. Außerdem findet er, dass die sozialen Medien eine sehr wichtige Waffe im Kampf der Jugendlichen sind. Über Instagram und WhatsApp wird der Protest koordiniert und verteilt. Als Künstler hat José uns eine spezielle Perspektive aufgezeigt. Die Korruption sei wie ein Tumor, den er anhand seiner Gemälde kritisieren könne. „Peru befindet sich auf dem Scheideweg. Niemand weiß, was geschehen wird“, schließt er seine Überlegungen ab.

In der sich anschließenden offenen Diskussion wurden vor allem die Rolle von Jugendlichen für das Gelingen von Partnerschaften zwischen Deutschland und Peru hervorgehoben. Vor allem die hohe Flexibilität von Jugendlichen spiele dafür eine entscheidende Rolle. Hinzu kommt deren starke Vernetzung innerhalb der sozialen Netzwerke auch über große Distanzen hinweg. Schließlich wurde bemerkt, dass peruanische Jugendliche sich aufgrund der Mängel im staatlichen Bildungssystem zunehmend selbst um ihre Aus- und Weiterbildung kümmern. Beispielsweise existieren immer mehr Kurse, die über die sozialen Medien verbreitet werden, über die sich die Jugendlichen über politische und gesellschaftliche Themen informieren. Allerdings wurde bemerkt und in gewisser Weise eingeschränkt, dass wichtig wäre zu überprüfen, dass diese Informationen von sicheren Quellen stammen. Außerdem wurde abschließend angemerkt, dass immer noch viele Jugendliche vor allem aus ländlichen Regionen ohne Internetzugang sind und gerade in der Pandemie zunehmend benachteiligt sind.